



2020/05 Thema

<https://jungle.world/artikel/2020/05/arbeiten-bis-kein-arzt-kommt>

Die US-Wirtschaft wächst, die sozialen Unterschiede wachsen mit

Arbeiten, bis kein Arzt kommt

Von **Axel Berger**

Der Aufschwung der US-Ökonomie ist von einer erheblichen Vergrößerung der sozialen Gegensätze geprägt.

Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos bezeichnete der US-Präsident Donald Trump die vergangenen drei Jahre nicht nur als das »große amerikanische Comeback«, sondern warb auch offensiv um Gelder potentieller Investoren. Es gebe »für die Unternehmen keinen besseren Platz auf der Welt als die USA«, versprach er der versammelten Wirtschaft in der vergangenen Woche.

Trump versprach, bald eine Milliarde Bäume pflanzen zu lassen – ein Zugeständnis an die selbst in Davos präsenten Klimadebatten –, und pries die von seiner Regierung betriebene Arbeitsmarktpolitik, die allen Amerikanern neue Chancen eröffnet habe. »Die größten Gewinne fahren die Armen ein«, sagte er.

80 Prozent der seit der Krise geschaffenen Jobs sollen im Niedriglohnsektor, vor allem der durch Scheinselbständigkeit geprägten Gig Economy entstanden sein.

Die Realität sieht jedoch anders aus. Am Besten lässt sich der derzeitige Zustand der USA und ihrer Ökonomie anhand zweier zur Jahreswende veröffentlichter Meldungen darstellen: Während das Ministerium für Wohnen und Stadtentwicklung meldete, mit 568 000 Menschen hätten noch nie so viele US-Amerikaner Weihnachten auf der Straße verbringen müssen, verwies der Bloomberg Billionaires Index zugleich darauf, dass die 172 US-Milliardäre im vergangenen Jahr ihr Vermögen um insgesamt 500 Milliarden US-Dollar gesteigert hätten.

Der mit zehn Jahren Dauer längste Aufschwung der US-Geschichte hat selbst für dortige Verhältnisse ungewohnte soziale Gegensätze hervorgebracht. Dafür verantwortlich ist die Politik der vergangenen 40 Jahre, unabhängig davon, ob demokratische oder republikanische Präsidenten im Weißen Haus regierten.

Davon zeugen nicht nur die vielen Obdachlosen, deren Zahl von den staatlichen Stellen notorisch zu gering angegeben wird. Das zuständige UN-Programm Habitat hatte bereits im vorigen Jahr errechnet, dass über 3,5 Millionen Menschen in den USA zumindest zeitweise wohnungslos seien. Allein im County Los Angeles starben in den vergangenen beiden Jahren mehr als 2 000 Menschen an den Folgen von Obdachlosigkeit, ein historischer Höchststand, der

auch in fast allen anderen Metropolen der USA zu verzeichnen ist.

Nicht erst seit Trump ins Weiße Haus eingezogen ist, aber in immer stärkerem Maße, prägt das Vegetieren in Zeltstädten, Trailerparks oder Autos die Lebensbedingungen am wachsenden unteren Rand der Gesellschaft. Einer Studie des Pew Charitable Trust zufolge ist in 30 Prozent der Gemeinden der USA die Armutsrate gestiegen. Nach den Zahlen des Arbeitsministeriums gelten mittlerweile über 43 Millionen Menschen, mehr als 13 Prozent der Bevölkerung, als arm, von denen fast zwei Drittel zudem nicht krankenversichert sind.

Betroffen sind aber bei Weitem nicht nur Arbeitslose. Die Arbeitslosenquote ist zwar auf 3,6 Prozent gefallen, doch die Beschäftigten der unteren Lohnsegmente werden immer ärmer. 80 Prozent der seit der Krise geschaffenen Arbeitsplätze sollen im Niedriglohnssektor, vor allem in der durch Scheinselbständigkeit geprägten Gig Economy, entstanden sein. Trotz der sinkenden Arbeitslosigkeit ist nach Berechnungen der Federal Reserve San Francisco aus dem vergangenen Jahr die Lohnquote, also der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen, binnen zweier Jahrzehnte von 63 auf 56 Prozent gefallen. Von den sieben Millionen nach 2008 neu entstandenen Arbeitsplätzen sind fast alle in den notorisch unterbezahlten und tarifvertraglich ungebundenen Dienstleistungsbereichen im Handel, im Gesundheitssektor, in der Sicherheitsbranche und bei haushaltsnahen Dienstleistungen entstanden, während eine Reindustrialisierung weiterhin nicht auszumachen ist. Und auch in vielen klassischen Berufen, von der Waldarbeit über Handwerksberufe und Fluglotsen bis hin zur Automobilindustrie, sind die Nominallöhne in den vergangenen Jahren gesunken.

So verwundern auch die Zahlen zur Einkommenverteilung nicht. Nach Statistiken des U.S. Census Bureau vom September 2019 haben die unteren vier Fünftel der Bevölkerung seit 2017 relative Einkommensverluste hinnehmen müssen, während 96 Prozent des Zugewinns auf die oberen fünf Prozent der Bevölkerung entfielen. Während der US-Arbeitsmarkt immer weiter ausgebaut wird, etwa durch die Privatisierung von Schulen oder anderen öffentlichen Dienstleistungen, haben sich die Anstrengungen der Regierung von Beginn an auf die Entlastung und Förderung von Unternehmen gerichtet. Die Senkung der Unternehmenssteuern von 36 auf 21 Prozent, die weitgehende Abschaffung der Erbschaftssteuern und die Weiterführung der »Politik des billigen Geldes«, die die Aktienkurse in die Höhe getrieben hat, haben zu weiterer Vermögenskonzentration geführt. Statistisch ist der gesamte Vermögensgewinn in den USA seit 2008 auf die oberen fünf Prozent der US-Bevölkerung entfallen. So verfügen die 400 reichsten Menschen der USA derzeit zusammen über mehr - Vermögen als die unteren 64 Prozent der Bevölkerung. Auch dies ist ein historischer Höchststand.

Trumps Davoser Empfehlung, dieser Politik auch andernorts zu folgen, wird dort trotz seiner sonstigen Tiraden vermutlich wohlwollend aufgenommen worden sein, ist diese Politik doch der derzeit extremste Ausdruck einer Entwicklung, die nicht nur die Bewältigung der Krisen den Eigentumslosen aufbürdet, sondern in immer rücksichtloserer Art und Weise Standortpolitik gegen einen Großteil der Lohn- und Transferempfänger betreibt. Das kennt man auch hierzulande nur zu gut.